

Was Köln braucht

Positionen des „Kölner Bündnis für Wirtschaft und Arbeit“ zur Kommunalwahl 2025

Gemeinsam als starke Stimme der Wirtschaft in Köln und der Region auftreten - dieses Ziel haben wir uns für die Kommunalwahl 2020 gesetzt und uns zu einem Bündnis zusammengeschlossen. Unser Anliegen damals wie heute: Die Kölner Region mit ihrer Branchenvielfalt, ihren leistungsfähigen Industrie-, Handwerks-, und Dienstleistungsunternehmen hat das Potenzial für eine Spitzenposition in unserer Republik. Wir sind weiterhin bereit, unser Know-how einzubringen, um diese Potenziale freizusetzen. Angesichts der großen Herausforderungen des Umbaus unserer Energieversorgung, der Digitalisierung aller Wirtschaftsprozesse und der absehbaren Umbrüche in den Branchenstrukturen ist es heute noch mehr als vor vier Jahren notwendig, dass alle Beteiligten eng zusammenarbeiten und sich austauschen, um die besten Lösungen für unsere Stadt und unsere Region zu finden.

Die Herausforderungen für die Zukunft sind groß: Fach- und Arbeitskräftemangel, immer knapper werdender bezahlbarer Wohnraum und Gewerbeflächen, fehlende Kita-Plätze und Personal, mangelnde Sicherheit und Sauberkeit, Schulen, deren Ausstattung und baulicher Zustand bedenklich sind und ein öffentlicher Personennahverkehr, der den wachsenden Mobilitätsbedürfnissen nicht mehr gerecht wird. Nicht nur auf den Rheinbrücken, sondern der gesamten Verkehrsinfrastruktur droht der Infarkt. Zusätzlich werden die Maßnahmen, um fossile Energien zu reduzieren und CO₂-Neutralität zu erreichen, deutliche Auswirkungen auf die Wirtschaft und Stadtgesellschaft entfalten.

Unsere Unternehmen brauchen dringend eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung und Kommunalpolitik, die ihnen Ansiedlung, Expansion und Bestandssicherung ermöglicht. Alle diesbezüglich dysfunktionalen Verwaltungs- und Dezernatsstrukturen müssen überprüft und ggf. neu strukturiert werden. Es bedarf einer „One-Stop-Agency“ für die gesamten Anliegen der Wirtschaft – eines Ansprechpartners und Entscheiders. Unsere Beschäftigten brauchen eine Politik, die sich für sichere, soziale und zukunftsfähige Arbeitsplätze und Standorte einsetzt. Und wir alle gemeinsam brauchen eine digitalisierte Verwaltung in unserer Stadt, die ebenso effektiv wie flexibel arbeitet.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen wollen wir unsere Positionen zu wichtigen Themen der Wirtschaft und Arbeitswelt in die Programmdebatten der Parteien ebenso einbringen wie in die aktuellen politischen Debatten und Entscheidungen der Kölner Verwaltung und Rathauspolitik. Wenn es darum geht, weltweit agierende Investoren oder junge Start-up-Initiativen für Köln zu interessieren, bleibt das Kölner Lebensgefühl, das Werben mit der toleranten und weltoffenen Mentalität ein wichtiges „add on“, aber auf diesen „Standortvorteil“ dürfen wir uns im Umgang mit Unternehmen und Fachkräften nicht verlassen. Verstand, Vernunft, Zukunftsorientierung und Pragmatismus bei allen Entscheidungen sollten für den Standort sprechen. Das braucht Köln!

1. **Köln braucht gute Ideen, sinnvolle, zügige und verbindliche Entscheidungen sowie eine konsequente Umsetzung.**
2. **Köln braucht eine funktionierende wirtschaftsförderliche Infrastruktur.**
3. **Köln braucht Fach- und Arbeitskräfte.**

1. **Köln braucht gute Ideen, sinnvolle, zügige und verbindliche Entscheidungen sowie eine konsequente Umsetzung**

In einer Welt, die sich ständig wandelt und vor immer neuen Herausforderungen steht, sind Städte die Orte, an denen Veränderungen am deutlichsten und dringendsten spürbar werden. Klimawandel, Zuzug in die Metropolen und soziale Disparitäten erfordern innovative und kreative Ansätze, um die Lebensqualität der Menschen und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft gleichermaßen zu verbessern. Es braucht Inspiration, Mut und den Willen, Probleme nicht nur zu benennen, sondern auch Lösungen zu entwickeln, rasche und durchdachte Entscheidungen zu treffen, deren Auswirkungen klar abzuwägen und diese konsequent umzusetzen.

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es einer klaren Aufgabenverteilung, eindeutiger Verantwortlichkeiten und eines definierten Rollenverständnisses zwischen Verwaltung und Politik. Köln braucht eine starke, leistungsfähige und effiziente Verwaltung.

Nur eine ausgewogene Beteiligung aller Stakeholder ist zukunftsweisend: Wirtschaft als Partner verstehen und Interessen der Wirtschaft frühzeitig einbeziehen.

- Planungs- und Genehmigungsverfahren: Beschleunigungspotenziale des bestehenden Rechtsrahmens konsequent ausschöpfen.
- Über institutionelle Zuständigkeiten hinweg mit klaren Verantwortlichkeiten lösungsorientiert zusammenarbeiten und die Umsetzung vorantreiben.
- Im regionalen Kontext agieren: Die Ziele, die sich Köln steckt, sollten realistisch und regional eingepasst sein. So gilt im Stadtgebiet für Neubauten (Wohnen und Gewerbe) der KfW 40 Standard. Im Umland gilt dagegen ein niedrigerer Standard. Dies führt zu höheren Bau- und Investitionskosten in Köln und letztlich zu einer Verlagerung der Bautätigkeit. Köln wird für Bauvorhaben unattraktiver und der Klimaschutz wird nicht verbessert.
- Die Potenziale der Verwaltung müssen stärker genutzt und insbesondere bei standardisierten Aufgaben zügiger umgesetzt werden. Dabei gilt das Ziel: schnellere Verfahren, weniger Bürokratie, zeitlich flexiblere Nutzung. Der Einsatz von KI sollte vorangetrieben werden, um Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten, die Arbeitsbelastung zu verringern und die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern.

2. Köln braucht eine zukunftsorientierte Infrastruktur, um eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen

Köln verfügt über eine leistungsfähige und differenzierte Wirtschaft: Die Region ist ein Zentrum der Chemie-, Energie- und Automobilindustrie, des Maschinenbaus und der Elektroindustrie, der industriellen und personenbezogenen Dienstleistungen. Sie ist Standort eines leistungsfähigen Handwerks, Handels- und Versicherungszentrums und zugleich ein bedeutender Verkehrs- und Logistik- sowie ein attraktiver Messestandort. Köln ist zudem ein wichtiger Medienstandort. Die Wirtschaft finanziert mit 1,578 Mrd. Euro Gewerbesteuer direkt rund 28 Prozent des Haushalts der Stadt Köln (Quelle: Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Jahre 2023/2024). Der Großteil der 624.054 sozialversichert Beschäftigten ist in der Wirtschaft tätig (Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik, Regionalreport, Stand 31.12.2023). Damit leistet die Wirtschaft einen wichtigen Beitrag zum finanziellen Handlungsspielraum Kölns. Damit dies so bleibt, brauchen traditionelle und neue Unternehmen eine zukunftsfähige Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Energieversorgung, Gewerbeflächen und verkehrliche Erreichbarkeit.

Damit dies gewährleistet bleibt, benötigen sowohl etablierte als auch neue Unternehmen eine zukunftsorientierte Infrastruktur. Insbesondere brauchen sie:

- **2a Flächen für Erweiterung, Um- und Neuansiedlungen,**
- **2b eine gute verkehrstechnische Anbindung,**
- **2c eine zuverlässige Energieversorgung.**

2a Ohne Flächen keine Unternehmen, keine Arbeit:

Gewerbe- und Industrieflächen: Flächenbestand sichern und weitere Flächen ermöglichen

- Köln verliert jedes Jahr Gewerbe- und Industrieflächen (2016 bis 2022: minus 72 ha). Daher ist es dringend notwendig, neue Flächen auszuweisen, um genug Platz für Unternehmen zu schaffen. Eine Untersuchung im Rahmen der Regionalplanung hat ergeben, dass insgesamt 886 Hektar benötigt werden, wobei 492 Hektar davon noch fehlen.
- Das Ziel muss sein, vorhandene Flächen bestmöglich zu nutzen und hierzu alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Dazu gehört, ungenutzte Flächen in der Stadt wieder in Gebrauch zu nehmen, leerstehende Gebäude bei Bedarf umzuwandeln und verdichtete Bebauung dort zu fördern, wo es sinnvoll ist.
- Die Stadt benötigt ein klares Konzept zur Flächennutzung. Da der Bedarf an Gewerbe- und Wohnflächen hoch und der Raum begrenzt und dicht besiedelt ist, sind zukunftsorientierte Lösungen gefragt. Wohnraum und Flächen für Gewerbe und Industrie müssen klug aufeinander abgestimmt und die vorhandenen Flächen effizient genutzt werden. Dafür braucht es neue kreative Ideen und Pilotprojekte.

2b Verkehrswende gemeinsam gestalten – Mobilität fördern, Bedürfnisse des Wirtschafts- und Pendlerverkehrs berücksichtigen

- Verkehrsnetze zielgerichtet weiterentwickeln: Wirtschafts-, Kunden- und Pendlerverkehre benötigen auch in Zukunft ein abgestimmtes Grundnetz gut ausgebauter Straßen, um dem motorisierten Individual- und Güterverkehr den notwendigen Raum zu geben.
- Sanierung der bestehenden Infrastruktur: Qualität und Zustand von Straßen und Brücken müssen zügig verbessert werden.
- Ausbau des ÖPNV, um den inner- und überörtlichen Pkw-Verkehr zu reduzieren: Taktfrequenz und Pünktlichkeit erhöhen, ÖPNV-Verbindungen in die Region ausbauen, Gewerbegebiete anbinden.
- Erreichbarkeit sichern: Bei der Umverteilung von Verkehrsflächen sind ausreichende Flächen im öffentlichen Straßenraum für Ladezonen und Wirtschaftsparkplätze zu sichern, insbesondere an Einzelhandelsstandorten und in Neubaugebieten.
- Rahmenbedingungen für E-Mobilität im Wirtschaftsverkehr schaffen: Bürokratie abbauen, Verfahren beschleunigen und Ladeinfrastruktur für die Antriebswende ausbauen.
- Verkehrswende mit smarten Lösungen vorantreiben: Kommunale Dienstleistungen und Infrastrukturen müssen digitalisiert und aktuelle Verkehrsdaten schnell und einfach zugänglich gemacht werden.
- Bei der Reorganisation des Straßenraums müssen die Mobilitäts- und Sicherheitsbedarfe aller Verkehrsträger umfassend berücksichtigt werden.
- Wir unterstützen das langfristige Ziel der Mobilitätswende. Die erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen müssen allerdings die zwingenden Belange der Wirtschaft und der Pendlerinnen und Pendler berücksichtigen. Hierzu zählt unter anderem ein leistungsfähiges MIV-Grundnetz

2c Energiewende: Notwendigen Netzausbau koordinieren und Synergien mit anderen Projekten nutzen

Mit der Energiewende und der Dekarbonisierung der Unternehmen wird das Stromnetz die zwei- bis dreifache Leistung transportieren müssen. Gleichzeitig wird sich die Länge des Fernwärmenetzes in der Innenstadt verdoppeln. In den nächsten Jahren wird Köln durch permanente große Bauvorhaben geprägt sein.

- Hierfür dürfen nur realistisch wirksame Maßnahmen eingeführt und deren Erfolg laufend überwacht werden. Unrealistische Erwartungen dürfen nicht geschürt werden. Der deutlich schneller angedachte Reduktionspfad in Köln darf nicht zu Standortnachteilen für die Wirtschaft führen.
- Technologischer Fortschritt ist dabei der Schlüssel zum Erfolg, nicht Verbote oder Bevormundung. Die Wirtschaft versteht sich als wichtiger Partner bei der Energiewende und beim Klimaschutz.

- Die Stadt Köln muss die mit der Energiewende verbundenen Baumaßnahmen zu ihrer Sache machen und die notwendigen Planungs- und Genehmigungsverfahren priorisiert und koordiniert abarbeiten. Ein Konzept zur Priorisierung der Maßnahmen ohne negative Auswirkungen auf andere Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Abstimmung mit anderen Bauvorhaben zur Schaffung von Synergien ist zwingend erforderlich.

3. Köln braucht Fach- und Arbeitskräfte

Der Fach- und Arbeitskräftemangel nimmt in allen Berufen zu. Er wird sich durch die Transformation der Arbeitswelt und die demografische Entwicklung noch deutlich verschärfen. Bereits heute ist der Fach- und Arbeitskräftemangel für fast zwei Drittel der Unternehmen das größte Risiko für ihre wirtschaftliche Tätigkeit. Nur wenn alle Erwerbspotenziale, insbesondere bei Frauen und Geflüchteten, ausgeschöpft werden, wird es gelingen, ausreichend Fachkräfte, Arbeitskräfte und Auszubildende zu gewinnen. Mehr Jugendliche müssen zu einem Schulabschluss und zu einer dualen Berufsausbildung motiviert und befähigt werden.

Damit dies gewährleistet bleibt, benötigen Unternehmen insbesondere:

- **3a eine starke Bildungsinfrastruktur entlang der gesamten Bildungskette**
- **3b bezahlbaren Wohnraum für Mitarbeitende und Auszubildende**
- **3c bedarfsorientierte Mobilitätsangebote für Beschäftigte**

3a Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind unsere Zukunft. Eine gute und flächendeckende Bildungsinfrastruktur entlang der gesamten Bildungskette ist unverzichtbar.

- Eltern sind wichtige Fach- und Arbeitskräfte. Ihre Kinder brauchen ausreichend Betreuungsplätze mit Öffnungszeiten, die den Eltern eine Berufstätigkeit ermöglichen. Ausfalltage, eingeschränkte Betreuungszeiten und Gruppenschließungen gefährden den Wirtschaftsstandort.
- Kindern und Jugendlichen muss ein wohnortnaher Schulplatz garantiert werden. Das Schulangebot muss weiter ausgebaut werden.
- Berufskollegs sind wichtige Akteure im dualen System. Die Berufskollegs müssen die gleiche Wertschätzung erfahren wie andere Schulformen. Der mangelhafte bauliche Zustand und die unzureichende Ausstattung sind zu beseitigen. Klare Zuständigkeiten für strategisches, prozessgesteuertes und schnelleres Handeln sind festzulegen.
- Gute Vernetzung aller städtischen Institutionen und Behörden, um die Integration und die Arbeitsaufnahme der Geflüchteten zu beschleunigen

3b Die Suche nach geeignetem und attraktivem Wohnraum wird immer schwieriger. Die Ausgaben für Miete und Mietnebenkosten steigen ständig. Es wird dringend mehr und bezahlbarer Wohnraum benötigt.

- Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus und bringen aufgrund der stetig steigenden Nachfrage kaum Entlastung. Eine deutlich höhere Wohnungsbautätigkeit und die Nutzung kommunaler Handlungsspielräume sind dringend erforderlich.
- Immer mehr Wohnungen fallen aus der Mietpreisbindung. Der Anteil an bezahlbarem Wohnraum sowie der soziale Wohnungsbau durch die Einhaltung verbindlicher Quoten müssen wieder in den Fokus rücken.

3c Überfüllte innerstädtische Straßen sowie Busse und Bahnen führen dazu, dass Beschäftigte immer länger zu ihrem Arbeitsplatz brauchen. Hinzu kommen die fast 360.000 Beschäftigten, die täglich aus dem Umland nach Köln pendeln.

- Die zeitgleiche Stärkung *aller* Verkehrsträger ist entscheidend. Die unterschiedlichen Verkehrsträger dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Verkehrsprojekte und Verkehrsplanung dürfen nicht zur Immobilität führen.
- Der Ausbau eines leistungsfähigeren und attraktiveren ÖPNV und SPNV (Taktung, innerstädtische Querverbindungen, Anbindung des Umlandes, Verbindungen ins Umland, Zuverlässigkeit) sowie eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger und ein intelligentes Verkehrsmanagement sind dringend erforderlich.
- Der ÖPNV muss bezahlbar sein, um als attraktive Alternative wahrgenommen zu werden.

Stand 25.09.2024